

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tageblatt erscheint an jedem Freitag: Monats-Preis 1.00 M., Vierteljahr 3.00 M., halbes Jahr 5.00 M., ein Jahr 9.00 M. (Postgebühren 1.00 M.). Einzelhefte 1.00 M. (Postgebühren 0.10 M.).

Das Tageblatt erscheint an jedem Freitag: Monats-Preis 1.00 M., Vierteljahr 3.00 M., halbes Jahr 5.00 M., ein Jahr 9.00 M. (Postgebühren 1.00 M.). Einzelhefte 1.00 M. (Postgebühren 0.10 M.).

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Rüdha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberger und der Gemeinde Niederwiesla. Notationsdruck und Verlag: E. G. Koberger (Inhaber Ernst Koberger jun.) in Frankenberger. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegel, Frankenberger.

Nr. 272

Freitag den 21. November 1924 nachmittags

83. Jahrgang

## Ein Jahr Gefängnis für General Mathusius

### Ein neues Schandmal der französischen Justiz — So sieht Pariser „Verständigung“ aus

Paris, 20. 11. Das französische Militärgericht hat General von Mathusius des „Diebstahls“ von Kriegsgeldern und eines Laßerdelictes im Werte von 500 Franken mit 6:1 Stimmen schuldig gesprochen. Unter Bewahrung mildernden Umstände wurde der General zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Die Revisionstrift läuft drei Tage. Die beiden anderen dem Gerichtshof erstellten Fragen über den „Diebstahl“ von Pelzen, Ausrüstungsgegenständen, Teppichen und Silberwaren wurden mit 4:3 Stimmen verneint.

Eine Justizkomödie hat sich in Paris abspielte. General von Mathusius ist, ohne daß man sich Zeit ließ, alle von seiner Verteidigung genannten Zeugen heranzuschaffen, nach einem vierstündigen „Verhör“ zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Selbst die französischen Besatzungsorgane verhalten sich bei der Verhandlung vollkommen, vom Fabrikanten und Rationalisierer Motte aus Roubaix bis zu dessen kleinen Bedienten. Dennoch erkannte dieses „Gericht“ gegen den General als des „Diebstahls überführt“ und sprach jenes „Urteil“ aus. Eine unehrerliche Schand.

### Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich werden nunmehr, nachdem Staatssekretär Trendelenburg nach Paris zurückgekehrt ist, wieder aufgenommen werden. Ueber den näheren Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist jedoch noch nichts genaues bekannt. Bei den weiteren Verhandlungen wird der deutsche Vorkämpfer Herr von Hoesch präsidieren. In Pariser politischen und wirtschaftlichen Kreisen sieht man dem Gang der kommenden Verhandlungen mit ziemlichem Pessimismus entgegen.

### Amerikanischer Protest gegen den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag

In den Schiffsverkehr von New York wird die Bestimmung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages erwartet, wodurch die gesetzliche Anordnung, daß nur amerikanische Schiffe unter amerikanischer Flagge Küstenhäfen betreiben dürfen, aufgehoben wird. Der Vorkämpfer des Schiffsverkehrs in New York setzte sich in der letzten ordentlichen Sitzung des Senatsausschusses dafür ein, daß die Bestimmung des Handelsvertrages nicht anerkannt werde, da sonst Deutschland unnötig ein wichtiges Recht eingeräumt werde!

### Erhöhung der Beamtgehälter

Etwa 10 Prozent

Berlin, 20. 11. Gemäß der Zusage der Reichsregierung, eine maßvolle Erhöhung der Beamtgehälter zur weiteren Angleichung an die Friedensgehälter eintreten zu lassen, fanden heute im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Beamten-Spitzenorganisationen statt. Von der Reichsregierung wurden folgende Erhöhungen als das äußerste bezeichnet, das unter den heutigen Verhältnissen vertretbar werden kann: Erhöhung der Grundgehälter in den Besoldungsgruppen I—VI um 12 1/2, vom Sumbel, in den Gruppen VII und höher um 10 u. 8. Da der Wohnungsgeldzuschuß nicht erhöht wird, sieht die Erhöhung der Gesamtbezüge hinter 12 1/2 bzw. 10 v. H. zurück. Die Kinder- und Frauenaufschläge werden je um zwei Mark monatlich erhöht. Die Bezüge der Angestellten, Warte- und Ruhestandsbeamten, der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen werden in dem gleichen Maße erhöht, wie die der aktiven Beamten.

### Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf alle Angestellten

Vertreter des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (Afabund) haben im Reichsarbeitministerium über die Forderung verhandelt, daß grundsätzlich allen erwerbslosen wohnenden Angestellten die Leistungen an der Erwerbslosenfürsorge möglich sein soll. Es wurde darauf hingewiesen, daß mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit in den Berufen der Privatangestellten sich gerade in der letzten Zeit besonders Härten für die älteren Angestellten daraus ergeben haben, daß der Personenkreis der Unterstützungsempfänger, auch die der Krankenversicherung unterliegenden Angestellten beschränkt ist; der Vorschlag des Afabund geht dahin, in Zukunft die Grenze der Angestelltenversicherung auch für die Erwerbslosenfürsorge gelten zu lassen. Der Vertreter des Reichsarbeitministeriums erklärte die Bereitwilligkeit, im Sinne dieser Forderungen grundsätzlich alle erwerbslos wohnenden Angestellten an der Erwerbslosenfürsorge teilnehmen zu lassen.

### Das Dawes-System für China

Die Vorschläge für eine finanzielle Wiederaufrichtung Chinas gemäß den Richtlinien des Dawesplanes werden in offiziellen Kreisen sympathisch begrüßt. Die finanzielle Lage Chinas sei lange Zeit ein Gegenstand erster Sorge gewesen, und die amerikanische Regierung sei bereit, alles Mögliche zu tun, um eine Regelung zu unterstützen.

### Englands Ersuchen um Vertagung der internationalen Abrüstungskonferenz

Von Paris ist die Nachricht verbreitet worden, daß die britische Regierung den Völkerbund ersucht habe, die Vorbereitungsarbeiten für die internationale Abrüstungskonferenz auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht nunmehr einen Antrag aus dem Schreiben der britischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerbundes, in dem die Beweggründe für diesen Schritt auseinandergesetzt werden. Da die britische Regierung erst kürzlich zur Wahl gekommen sei, so heißt es darin, werde sie eine gewisse Zeit benötigen, ehe sie sich eine Meinung über das Genfer Protokoll bilden könne. Sie sehe sich daher zu ihrem Bedauern gezwungen, um eine Vertagung der Beratungen über die Abrüstungsfrage zu ersuchen. Dieses Schreiben der britischen Regierung ist unverzüglich den im Rat vertretenen Mitgliedern bekanntgegeben worden.

### General de Meh verläßt die Pfalz

Den beiden Generalen de Meh, Kreisleitender der Pfalz, und Donziger, Bezirksbelegter für Rheinhessen, sind auf ihren Wunsch vom Kriegsministerium militärische Kommandosstellen übertragen worden. Ihre Posten werden durch zwei Beamte des französischen Kommandos besetzt werden.

### Die russischen Schulden an Frankreich

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung beschlossen, die russischen Schulden an Frankreich nicht zurückzahlen, aber stattdessen Frankreich so gut wie alle beschlagnahmten französischen Eisen- und Kohlenunternehmungen in Rußland zu überlassen und ihm eine Reihe weiterer wichtiger Konzessionen zu gewähren.

### Die neue österreichische Regierung

Die Zusammensetzung der neuen Regierung in Oesterreich ist folgende: Bundeskanzler Dr. Rameis, Finanzminister Dr. Wader, Außenminister Dr. Rastaja, Finanzminister Dr. Thier, Handelsminister Schürff, Unterrichtsminister Dr. Schneider, Sozialminister Dr. Resch, Gesundheitsminister Baugoin, Landwirtschaftsminister Duschinger.

### Aus dem Sowjetparadies

Hunger und Pest bedrohen den Bezirk von Staropol, wie aus Moskau berichtet wird. Die Regierung hat 112 000 Bauern auf ihren Listen, die dem Hungertode preisgegeben sind, wenn sie nicht von der schwarzen Pest hinweggerafft werden. 3000 Menschen sind von der Seuche befallen. Die Bauern verlangen, daß das Geld zur Bekämpfung der Pest für Nahrungsmittel verwendet werden soll. Sie haben die Bezüge aus der Stadt verjagt und sind in die Baracken elendgedrungen, in denen die Pestfranken untergebracht worden. Soldaten, die zum Schutz der Baracken entsandt worden waren, sind geflüchtet, weil sie Ansteckung befürchteten. Moskau versucht, Nahrungsmittel heranzuschaffen.

### Die Erfolge der „Deutschen Nothilfe“

Der Reichswohlfahrtsausschuß der Deutschen Nothilfe trat am 18. November 1924 zu einer Sitzung zusammen. Er war in der Lage, einen Betrag von über 700 000 Goldmark zu verweisen. Den Notleidenden in den westlichen Reichsteilen wurden aus den Erträgen der Wohlfahrtslotterien 120 000 Mark zur Ergänzung der öffentlichen Mittel für die Wohlfahrtszwecke überwiesen. Den unbesetzten Landesstellen wurden 100 000 Mark zugewandt. Die vom Hochwasser betroffenen Länder erhielten 200 000 Mark, die der Reichsregierung zur Ergänzung der neuen Sammlung für die Hochwasserzwecke gesendet hat. Zur Fürsorge für die noch in französisch-besetzten Gebieten befindlichen deutschen Gefangenen und deren Angehörige wurden 20 000 Mark bereitgestellt. Die Ergänzung der staatlichen Fürsorge für die Ausgewiesenen wurde ein Betrag von 200 000 Mark bewilligt, der durch eine Lotterie aufgebracht wird. Weitere für den Winter dringend benötigte Mittel zur Abwendung der Not soll die im Dezember im ganzen Deutschen Reich stattfindende Opferspende der Deutschen Nothilfe aufbringen.

### Das letzte Stadium im Wahlkampf

Der Wahlkampf ist nunmehr in sein letztes entscheidendes Stadium eingetreten. Mit dem vorkampfbildenden Parteitag in Dortmund ist der programmatische Aufmarsch der Parteien beendet, so daß die Führer der Parteien nur noch die letzte Parole ausgeben brauchen, um die Stimmkraft ihrer Wahlpropaganda gegen die gegnerischen Kräfte ins Feld zu führen. Es fällt allgemein auf, daß diesmal die großen Wahlvorbereitungen mit großer Zurückhaltung und Schlichtheit geführt werden und daß die letzten Aufrufen der Parteien, die man zunächst erwartet hatte, noch nicht eingetreten sind. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß man in den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen schon jetzt mit einer erheblichen Verschiebung der parlamentarischen Konstellation rechnet.

Die letzten Reden, die der Außenminister gehalten hat, trugen ausschließlich parteipolitischen Charakter. Im

Zentrum konzentrierten sich die Kräfte auf die Durchführung eines Wahlsieges der Regierung. Die gesamte Wahlorganisation der Zentrumspartei ist darauf eingestellt, die bisherige Regierungspolitik zu verteidigen. Auch das Auftreten des Reichstagspräsidenten Dr. Marx im Wahlkampf gilt allein der Politik der Mitte, um deren Schicksal der diesmalige Wahlkampf ausgefochten werden wird. Diese Politik steht nach außen einen Kurs der Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen, der Festigung des deutschen Einflusses auf die europäische Politik und die Anknüpfung reger Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande voraus. Im Innern strebt die Koalition der Mitte nach den Richtlinien, die Reichstagspräsident Dr. Marx neuerdings an die Politiker des Zentrums ausgegeben hat, die Schaffung einer parlamentarischen Regierungsmehrheit, an, mit deren Hilfe das künftige Reichsministerium in die Lage versetzt werden soll, die notwendigen Reformwerke sicherzustellen und die Reichspolitik aus dem Fahrwasser der inneren Kämpfe herauszuführen.

Im deutschnationalen Lager macht sich neuerdings das Bestreben bemerkbar, die Stimmkraft der Partei im Wahlkampf einzig und allein auf die innenpolitischen Probleme zu konzentrieren. Nachdem die außenpolitische Lage immerhin erheblich stabilisiert werden konnte, arbeitet die deutschnationale Partei darauf hin, grundsätzliche innenpolitische Fragen aufzurollen, die sich, wie beispielsweise die Aufwertungsfrage, mit dem Interesse bestimmter Wirtschaftsklassen decken und die im allgemeinen im Rahmen der bisherigen deutschnationalen Politik liegen.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Professor Feiler, früherer Reichswohlfahrtsminister, Mitglied des Bayerischen Bauernbundes, hat auf dem Bundestag des Bayerischen Bauernbundes, an dem auch Vertreter der Deutschen Wirtschaftspartei, des Deutschen Bauernbundes und des Österreichischen Bauernbundes teilnahmen, eine große politische Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Dem Völkerbund dürfe Deutschland nicht beitreten vor Wiedergutmachung des mit dem Saargebiet und Oberschlesien an uns verfallenen Truges und der Aufhebung der Kriegsschuldfrage. Ruhe in Deutschland komme erst mit einer bürgerlichen Koalition von rechts bis links. Das aktive Wahlalter wisse auf 25, das passive auf 30 Jahre festgesetzt und das Wahlrecht der Frau an Stellung vor derselben aufgehoben werden. Sein Wahlbefehl lautete: „Sammeln und dann gerabaus!“

### Politische Nachrichten

Ein Amtshauptmann, der zum Landfriedensbruch angefordert. Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Kaula hat folgende Anfrage an die sächsische Regierung gerichtet: „In der Stadtverordneten-Sitzung am 10. November 1924 in Zwickau hat der Herr Stadtverordnete Amtshauptmann Robert Müller (Zwickau) erklärt, als die Polizei von der Linken wegen anständigen Messens mit zweierlei Maß angegriffen wurde. „Die Arbeiterschaft werde zur Selbsthilfe gezwungen, falls die Polizei nicht gegen Unfälle reicher Kreise einschreite.“ Wie stellt sich die Regierung zu einer derartigen Aufforderung zum Landfriedensbruch seitens einer ihrer Amtshauptleute, der bekanntlich das Vertrauen seines Reichsverbandes sowieso nicht mehr genießt? Wegen der Vertagung des Landtages begnüge ich mich mit einer schriftlichen Antwort!“

Ein deutschnationales Wahlplakat beschlagnahmt. Ein Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei, das sich mit dem Reichstagsabgeordneten Schwarz-Rot-Gold beschäftigt, ist auf Verfügung des preussischen Innenministers beschlagnahmt worden.

Wahlüberlage der Sozialdemokraten in Oldenburg. Bei den Gemeinderatswahlen in Oldenburg haben die Sozialdemokraten eine harte Niederlage erlitten. Während früher das Verhältnis zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten 6:6 war, sind jetzt 9 Bürgerliche und 3 Sozialdemokraten gewählt worden.

Der Empfang Dr. Adeners in Hamburg. Zum Empfang des am 23. d. M. auf dem Lloyd-Dampfer „Columbus“ wieder in Deutschland eintreffenden Dr. Adener werden die mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswohlfahrtsministers beauftragte Staatssekretär Dr. Krohne und der Leiter der Abteilung für Luftfahrtwesen im Reichswohlfahrtsministerium, Ministerialrat Brandenburg nach Bremerhaven gegeben. Die Herren werden dort an Bord des „Columbus“ gehen und dem erfolgreichen Führer des L. Z. 128 die ersten Grüße und den Dank der Reichsregierung überbringen.

Der Streik im Geesthachtwerk Steinfurt ist beendet. Die Lohnempfänger haben die Arbeit wiederaufgenommen. Die Technische Nothilfe ist zurückgezogen worden.

Fortsetzung der japanisch-russischen Verhandlungen. Ein englisches Blatt meldet aus Tokio, die japanische Regierung habe beschlossen, ihren Gesandten in Peking anzuweisen, seine Verhandlungen mit Rußland fortzusetzen, wenn eine Vereinbarung in den grundlegenden Fragen erzielt werden könne.

Russische Offiziere bei der Nothilfe. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge sind durch die Auflösung der Nothilfe viele Russen aus ersten Gesellschaftskreisen, die bei der Nothilfe angestellt waren und nun entlassen worden sind, in große Not geraten. Unter ihnen sollen sich eine ganze Anzahl von Generälen, höheren Stabsoffizieren, mehrere Geusen, gelehrte Offizierswitwen und auch ein Generalgouverneur befinden. Einer der Generäle hatte den Posten eines Aufsehers bei der Wagenwäckerkolonne in Wiesbaden inne. Einige dieser russischen Offiziere haben bereits eine neue Stellung im Ausland gefunden, darunter ein General als Portier in Brüssel, ein anderer als Aufseher in Tunis.

# Aus dem Frankfurter Stadtparlament

(Fortsetzung und Schluss aus gestriger Nummer.)

## Entscheidung über Beibehaltung der Fremdensteuer.

Stv. Biehl bemerkt als Berichterstatter zu dieser Vorlage, daß über diese in der Sitzung vom 25. September 1924 erst eingehend behandelte Angelegenheit heute nicht mehr viel zu sagen sei. Auf Antrag des Stv. Gängel habe der Steuerausschuß beschlossen, die Steuer zunächst bis zum Schlusse des Haushaltsjahres beizubehalten unter Berücksichtigung des Steuerjahres von 20 auf 10 Prozent ab 1. November. Er bitte diesem Beschluß zuzustimmen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die Steuer am 31. März 1925 gänzlich in Wegfall kommt. Stv. Vorsteher Sittig macht darauf aufmerksam, daß aus dem Beschluß des Ausschusses nichts davon zu ersehen ist, daß die Steuer am 31. März ganz aufgehoben werden soll. Er bitte deshalb heute nur im Sinne des Ausschusses auf Beibehaltung der Steuer zu beschließen und sich die weitere Stellungnahme für später vorbehalten. Bürgermeister Dr. Irmer bemerkt, daß der Stadtrat zu dieser Sache bisher noch keine Stellung genommen habe. Es habe lediglich ein Gesuch des Gastwirtsvereins vorgelegen und das sei an den Steuerausschuß weitergegeben worden. Eine Beibehaltung der Steuer mitten im Geschäftsjahr oder eine Aufhebung der Steuer würde eine vollständig falsche Maßnahme bedeuten. Man müsse doch unter allen Umständen das einfallen, was man im Haushaltsplan beschließen habe. Darauf, ob die Steuer in der vorgesehenen Höhe schon eher erreicht werde, komme es doch wirklich nicht an. Man müsse doch auch mit so und so viel Nachbemessungen und Ausfällen bei anderen Steuern rechnen. Er könne es nicht gutheißen, auf eine Ausnahme zu verzichten, auch wenn diese noch so klein sei. Auch der Deutsche Städtebund habe sich mit einem Wegfall dieser Steuer als Gemeindefiskus nicht einverstanden erklären können. Es sei dort darauf hingewiesen worden, daß ja auch das Reich noch die Reichssteuererhebung erhebe. Solange das Reich auf die Steuer nicht verzichte, könne man das von den Gemeinden auch nicht erwarten. Stv. Biehl führt aus, daß es sich hier ja um eine kleine Steuer für die Stadt handle, die doch gar keinen Ausschlag geben könne. Man müsse doch berücksichtigen, daß Koffein und Kaminol die Steuer nicht erhebe und daß unser Frankenberg das mit dieser Steuer mitten zwischen diesen Städten liege, ganz naturgemäß benachteiligt sei. Wenn Städte, die den Ertrag der Steuer mit 40000 Mark in den Haushaltsplan eingestellt haben sich zu einer Aufhebung der Steuer im Interesse des Fremdenverkehrs entschlossen haben, so müsse das Frankenberg mit den kleinen dabei herausbringenden Summe doch auch können, zumal die Metzlersteuer ja sowieso einen Ersatz für diesen Steuerertrag bringe. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß das Reich die Steuer am 31. März von sich aus aufhebe. Das Gastwirtsverweh sei das mit Steuern aller Art am meisten belastete Gewerbe, es gebe heute schon große Hotels, die nicht in der Lage seien, die Metzlersteuer aufzutragen. Man müsse es direkt als kurzfristige Maßnahme, wenn eine Stadt wegen einer Ausnahme von 1000 Mark ein Gewerbe einseitig belastet und damit nicht nur dieses Gewerbe, sondern auch die Stadt als solche schädige. Der Redner hat daher nochmals, die Steuer am 31. März aufzuheben und bis dahin nur noch 10 Prozent einzusetzen. Stv. Gängel bezieht sich als eigenmächtig, daß Stv. Biehl in seinem Bericht nur bemerkt habe, daß er (Redner) im Steuerausschuß den Antrag auf Beibehaltung der Steuer unter Herabsetzung des Steuerjahres gestellt habe. Das sei richtig, aber Stv. Biehl habe verschwiegen, daß vorher ein Antrag viel vorzulegen habe auf Aufhebung der Steuer. Sein (des Redners) Antrag habe doch nur bezweckt den Antrag Biehl nicht zur Annahme kommen zu lassen. Nachdem nun Herr Stv. Biehl den Antrag auf gänzlichen Wegfall der Steuer eingebracht habe, müsse er erklären, daß er und seine Freunde nunmehr für Erhebung der Steuer in der vollen Höhe von 20 Prozent stimmen werden. Bürgermeister Dr. Irmer entgegnet dem Stv. Biehl, daß man die Beibehaltung der Steuer nicht mit der Metzlersteuer in Verbindung bringen könne, da diese eine ganz andere Bedeutung habe. Durch die Fremdensteuer sollten die hier überaus zahlreichen Fremden auch mit zur Tragung der Lasten der Stadt, die mit im Interesse der Sicherheit der Fremden-entlastung herangezogen werden. Die Fremdensteuer beiträge die Fremdenverkehrs-entlastung. Er habe auch nicht die Wahrnehmung machen können, daß unsere Fremdenhöfe durch diese Steuer heruntergekommen wären. Es sei ja eine alte Tatsache, daß unsere Fremdenhöfe niemals einen Vergleich mit denen anderer Städte, wie Wittweiba usw. ausgehalten haben. Das liegt aber nicht an den Besitzern der Hotels, das liegt eben an unserer Lage. Er müsse schon nochmals bitten, die Steuer in der bisherigen Form beizubehalten. Stv. Poggendorf meint, Stv. Biehl habe anscheinend ganz vergessen, daß er als Stadtverordneter hier sitze und nicht als Interessentenvertreter. Die Steuer würde doch nicht von den Gastwirten getragen sondern nur eingehoben. Herr Biehl habe so oft schon von Deckungsmitteln gesprochen, z. B. bei der kommunalen Lotterienbeibehaltung und da könne man doch jetzt nicht auf Einnahmen einfach verzichten wollen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß es Steuern gibt, die nicht in der vorgesehenen Höhe eingehoben, aber Herr Biehl scheine nur seine besonderen Interessen im Auge zu haben. Im allgemeinen seien er und seine Freunde nicht für indirekte Steuern zu haben, aber wie die Verhältnisse nun einmal lägen, müsse man sich eben damit abfinden, am Schlusse des Haushaltsjahres ließe sich aber die Angelegenheit ja wieder reden. Stv. Poggendorf hält die ganze Angelegenheit noch nicht für genügend geklärt und beantragt Vertagung der Vorlage. Stv. Dippmann spricht sich gegen eine Vertagung aus, die Sache sei im Ausschuß und im Kollegium genügend besprochen worden. Für den Fremdenverkehr sei einzig und allein die wirtschaftliche Lage maßgebend, die Steuer aber darauf keinen Einfluß aus. Stv. Böhler hält, um die Sache nicht wieder auf der nächsten Tagesordnung zu sehen, zum Antrag Poggendorf den Ergänzungsantrag, die Vorlage bis zum 31. März zu vertagen. (Stimme Biehl.) Stv. Biehl macht noch besonders darauf aufmerksam, daß die Handelskammer Chemnitz die Erhebung einer Fremdensteuer als eine falsche Steuerpolitik bezeichnet und daß auch die Ortsgruppe des Verbandes Sächsischer Industrieller sich für die Aufhebung dieser Steuer ausgesprochen habe. Um die Sache zu einem Abschluß zu bringen, legt er seinen Ergänzungsantrag zurück und bittet dem Ergänzungsantrag zuzustimmen. Gegen 9 Stimmen wird danach beschlossen, die Fremdensteuer bis zur Aufstellung des neuen Haushaltsplanes beizubehalten unter Herabsetzung des Steuerjahres auf 10 Prozent.

Es folgen nunmehr eine Reihe Kassierersprechungen, die keinerlei Ausprägung erweisen.

## Eine neue Maßnahme.

Nach dem Vortrag des Vorstehers Dr. Köhler werden 100 Mark Rosten für die Aufstellung einer neuen Maßnahme bewilligt. Stv. Poggendorf gibt dabei dem Wunsch Ausdruck, daß unsere Maßnahme ein größeres Format bekommen möchten, da sie z. B. in Waffeln viel zu klein seien. Vorsteher Dr. Köhler bemerkt dazu, daß dies in der Vorlage schon vorgegeben sei.

## Eine Ausprache über Fleisch- und andere Lebensmittelpreise.

Vorsteher Dr. Köhler verliest einen Antrag, der die Preisprüfungsstelle auffordert, an der Hand der Aktien die Fleischpreise zu prüfen und für eine Herabsetzung der Preise besorgt zu sein. Stv. Poggendorf führt zu diesem Antrag aus: Vor nicht allzulanger Zeit habe die Fleischregulierung in einer großen Erklärung von einer baldigen allgemeinen Preislenkung gesprochen. Die deutsche Bevölkerung habe diesen Erklärungen immer etwas skeptisch gegenüber und die wahrnehmende Preislenkung auf allen Gebieten habe die's Skeptis als nur allzu bestätigt erscheinen lassen. Man habe in den letzten Wochen eine nicht unmerkliche Steigerung der Lebensmittel feststellen müssen und auch dem Stadtrat seien Bedenken gekommen über die Berechtigung der hohen Fleischpreise. Aus diesem Grunde habe er die Fleischpreise von einem Sachverständigen kontrollieren und dann mit den von den hiesigen Fleischern geforderten Preisen vergleichen lassen. Diese Gegenüberstellungen zeigten nun ein recht eigenartiges Bild. Während im Anfang der Kontrolle die hier geforderten Fleischpreise zum Teil unter dem Kontrollationspreis des Sachverständigen gelegen haben, sei seit einigen Monaten das Gegenteil der Fall. Vieles seien Preise verlangt worden, die bis zu 14 Prozent höher waren als die von dem Sachverständigen errechneten Preise. Es falle auf, daß auf Grund der verschiedenen Preisberechnungen der Bürgermeister schon am 29. August an die Fleischherstellung herangegangen ist, um Preisbindungen zu erlangen, inwieweit die Fleischherstellung die geforderten Preise für berechtigt erachtet. Eine Antwort sei in den Akten nicht zu finden. Er (Redner) könne als Nichtfachmann die Berechtigung der Preise nicht beurteilen und müsse sich mit dem begnügen, was aus der genannten Statistik in den Akten hervorgehe. Es müsse aber verlangt werden, daß die Preisprüfungsstelle sich der Sache einmal näher annehme. Rechtsanwält Dr. Voigtländer-Zehner weist darauf hin, daß die Angaben über die hohen Fleischpreise allgemein seien. Tatsächlich gelte in dieser Sache schon seit Monaten etwas. Die Fleischpreise würden genau überwacht und mit einer Kontrolle eines Sachverständigen verglichen. Während sich die Preise dabei früher selbst besteuerten, haben in der letzten Zeit die Differenzen bedenklich zugenommen. Die Preisprüfungsstelle ist bekanntlich ausschließlich in der Umkleidekabine begriffen, sie werde aber gelegentlich hier am Donnerstag nachmittags in der Sitzung zur Frage der Fleischpreise Stellung nehmen. Im übrigen seien ja die Preise in der letzten Woche gefallen. Stv. Poggendorf erklärt von dem Fallen der Preise unterrichtet zu sein. Damit sei aber doch durchaus noch nicht gesagt, ob der neue, von den Fleischern geforderte Preis nun auch der richtige und berechtigte sei. Stv. Teichgraber meint, es sei nicht nur das Fleisch, was in Frankenberg teurer als anderswo sei. Auch mit Zucker, Margarine, Bohnen, Äpfeln und anderen Gemüsen sei es genau so. Hier möchte eigentlich eine Schmelzsteuer angewandt werden und jeder Warensort sofort abgezweigt werden. Wenn man einmal solche Waren in einem beliebigen Geschäft kaufe und dann zu einem hiesigen Krämer gehe, dann könne man den Unterschied feststellen. Fast alles sei hier 10 Pfennige teurer. Da wären die alten Kontrollationshöfe am Plage, die den Händlern sagen könnten, „im Wiederholungsfall wird es gelingen, aber die Ware wird vernichtet.“ (Stimmliche Heiterkeit.) Daß die Kontrollationshöfe nicht mehr bestehen, sei eine Schuld der hiesigen Regierung mit dem Innenminister Müller an der Spitze. Stv. Poggendorf bemerkt, es verlohne sich nicht, auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen. Herr Teichgraber habe von den Dingen so wenig verstanden, daß er darüber gar nicht reden sollte. Wenn die Dinge so einfach lägen, da müßte er dem Vorredner doch raten, selbst ein Geschäft aufzumachen. Die Preise regelten sich durch die Konkurrenz ganz von selbst. Der Justizverwalterpreis erhalte sich z. B. ganz nach dem Einkaufspreis. Wenn man von einer Sache absolut nichts versteht, solle man doch auch nicht darüber reden. Bezüglich der Fleischpreise sei er, er könne aus den vom Stv. Poggendorf vorgebrachten Preisen der Fleischherstellung und des Sachverständigen keine allzu großen Differenzen ersehen. Es komme beim Fleisch vielleicht auch auf das Stück an, das man kauft. Ein wesentlicher Preisrückgang für alle Waren könne erst dann eintreten, wenn man die

Geschäftswelt generell entlaste. Stv. Poggendorf entgegnet dem Vorredner, daß er mit der Bemerkung, daß Angebot und Nachfrage die Preise regeln wohl recht habe. Aber es seien regeln heute beide Dinge den Preis doch nicht mehr. Man spräche doch die Kontrolle und Kontrolle auch auf dem Lebensmittelmarkt eine große Rolle mit. Es sei auch festgestellt worden, daß einzelne Irrungen Preise festgelegt haben, die nicht mehr als einwandfrei zu bezeichnen gewesen wären. Damit endet die Ausprache, der Antrag Poggendorf wird einstimmig angenommen. Vorsteher Dr. Köhler bringt danach einige Reminiscenzen zur Verlesung und zum Schluß eine

## Eingabe des Arbeiter-Turn- und Sportvereins

zum künftigen Übertragung der Stadtsparkasse. Vorsteher Dr. Köhler empfiehlt, das Gesuch beizubehalten und den Rat weiter zu geben. Stv. Poggendorf führt dazu aus, daß die freie Turnerschaft mit diesem Gesuch an das Stadtverordnetenkollegium einen gewissen Erfolg und die Recht habe. Die Dinge lägen nämlich sehr eigenartig. Von Seiten der Arbeiter-Turnerschaft seien schon mehrere Eingaben an den Rat gekommen, ohne daß dieser aus den Ertragungen und Überprüfungen herausgefunden sei. Für den Verein sei die Lage jetzt aber äußerst besorgniserregend geworden und bedürftig dringend einer Klärung. Das Kollegium habe schon wiederholt Kaufverträge vor sich gehabt, in keinem Falle habe aber die Erledigung durch den Rat so lange gedauert, wie hier und man könne das Gefühl nicht los werden, daß die Sache verhaspelt werde. Vor allen Dingen erregt es Befremden, daß man jetzt plötzlich in dem Interessenten-Jäger gebe und ihn frage, wieviel Land er da unter wolle draus. Habe man auch der anderen Seite, als der Deutschen Turnerschaft, um ein Grundstück bemüht, den Ratler auch gefragt, ob und wieviel Land er noch brauche? Die Firma nehme sich mit der Beantwortung der Frage nachlässig Zeit, auf der anderen Seite müsse man annehmen, daß eine gewisse Antipathie gegen den Arbeiter-Turn- und Sportverein vorhanden sei. Auf jeden Fall müsse die Erledigung der Angelegenheiten mancher schneller vor sich gehen. Bürgermeister Dr. Irmer glaubt nicht, daß der Verein die Eingabe an das Kollegium gerichtet habe um damit einen Erfolg zu suchen, es sei doch vielmehr das Mehlische, daß derartige Eingaben an beide Kollegien gerichtet werden. Stv. Poggendorf will doch ganz genau, wie die Verhältnisse liegen und daß von einer Parteinahme gar keine Rede sein könne. Es sei nicht so einfach, ein so wertvolles Gelände für Sportzwecke zur Verfügung zu stellen, man könne dem dort befindlichen Unternehmen doch nicht einfach die Luft nehmen. Der Deutsche Turnverein habe auch auf Antwort vom Rate warten müssen, aber er habe die angenehme Eigenschaft, daß er nicht alle vier Wochen mit einer neuen Eingabe komme. Der Rat habe das Verhalten beiden Teilen gerecht zu werden und es belasse auch die Ursache, daß man in kurzer Zeit zum Ziele komme. Stv. Poggendorf betont, der Verein habe die Eingabe an das Kollegium gerichtet, weil der Rat es nicht für nötig erachtet habe, dem Verein einen Bescheid zukommen zu lassen. Es sei viel nötiger einen Platz zu schaffen, der für die Gesundheit der Einwohner vorhanden sein soll, als Gelände für Fabriken zur Wahrung der Menschen zur Verfügung zu halten. Man sei nicht zu geizig geworden, zumal davon geredet werde, daß der Deutsche Turnverein ein Grundstück schon im Grunde habe. Stv. Teichgraber ist der Ansicht, daß in der Friedhofstraße die Best. ausreicht, wenn etwa auf die Stadtsparkasse ein Unternehmen käme, ähnlich wie das Stahlwerk. Gleitschiff könne man auch auf anderem Gelände schaffen. Die freie Turnerschaft sei heute abgeschlossen, die Deutsche Turnerschaft habe ihre eigene Halle und auch noch den Schützenhof. Es sei nun eigentlich, daß der Verein immer wieder Knäuel müssen die seine gewonnen werden und es sei fonderbar, daß Stv. Poggendorf hier von einer Verschleppung spreche, wo er doch im Besonderen erklärt habe, daß er nur dann für das Gesuch zu haben sei, wenn beide Vereine zu gleichen Teilen bereitwillig werden. Demgegenüber bemerkt Stv. Poggendorf, daß ihm eine derartige Rede im Rat nicht einfallen sollte und er selbst erklärt, daß die ganze Frage dringend sei und er auf dem Standpunkt stehe, daß beiden Teilen Rechnung getragen werden müsse. Bürgermeister Dr. Irmer weist darauf hin, daß dem Vorstehenden der freien Turnerschaft wiederholt Mitteilung über den Stand der Angelegenheit zugegangen ist, aber man kann nicht alle vier Wochen Nachrichten wie weit die Sache liege. Die Stadt Frankenberg ist sehr arm an gleichzeitigen Land, daher müsse alles seine Land ausgenutzt werden. Daß der Sportklub beabsichtigt sei richtig, aber man dürfe sich doch nicht von solchen Überzeugungen leiten lassen, wie sie heute hier zu hören wären. Davon, daß der Deutsche Turnverein das Grundstück an der Semmerstraße schon im Grunde habe, sei kein Wort mehr. Stv. Biehl unterrichtet die Notwendigkeit der Schaffung von Sportplätzen. Auch der Turnbetrieb immer größeren Umfangs solle beachtet werden, da der Turnbetrieb immer mehr unternehmend werden, die freie Turnerschaft aus der Schulkinderballen zu vertreiben, wie beim Übertrag von dieser Seite keinerlei Befehdung der freien Turnerschaft sei. Das Gesuch der Deutschen Turnerschaft liegt schon über ein halbes Jahr vor. Biehl empfiehlt es sich, bei der Behandlung diesen Gesuchs, beim bei der Auswahl von geeigneten Plätzen Vertreter von beiden Vereinen hinzuzuziehen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 4/10 Uhr.

## Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 21. November 1924.

## Ausführung der Allgem. Ortskrankenkasse Frankenberg i. Sa.

Am 17. 11. fand eine Besprechung der Ausschussmitglieder statt, in der insbesondere über Sachverhalte und über den Voranschlag für das Jahr 1925 beraten wurde. Mit der Besprechung war eine Ausführung der von der Kasse ausgearbeiteten Selbstüberprüfungsberichte verbunden, die die Mitglieder von der guten Qualität der Waren überzeugen. Dem Vorsitzenden Schwanenbach wurde die Ausführung zu. Der Vorstand wird demnach ersucht, in geeigneten Fällen Krankenlohn (Wochenlohn) zu gewähren. Der Vorsitz für größere unzulängliche Mittel (Zahnerlohn usw.) ist auf ein Drittel des Aufschlags zu stellen, höchstens jedoch 40 Mark festgelegt werden. Gemäß der Invaliden- und Anwartschaftsversicherung außerdem einer Zulage, so weit 1/2 der Rosten bezahlt. Bei Jahressumme von weniger als 5 Jahren wird kein Zulage gewährt. Das Ganze geht auf 75 Proz. des Krankengeldes erhöht werden. Ein wird an die Angehörigen gezahlt, wenn ein Erkrankter im Krankenhaus untergebracht ist und die Angehörigen von keinem Arbeitsverdienst unterhalten werden können. Der Wundheilung des Erkrankten ist auf 20 Mark festgelegt worden. Bei jeder ärztlichen Behandlung der Angehörigen eines Erkrankten wird das Jahreslohn bezahlt. Der Vorstand wird die Ausführung genehmigt. Er schließt in Erwägung und Ausgabe mit 251.000 Mark ab. Bei dem Voranschlag ist mit einer Betragsschuldung

## Während der Winter-Messe

- Phaenen, vorzügliches Kompott 50 Pfund 50 Pf.
- Kondensiertes Milch 50 Pfund 50 Pf.
- Gelbsardinen, große Fische 50 Pfund 50 Pf.
- Makkaroni, Dr. Klopfer 50 Pfund 50 Pf.
- Tafel-Rohr, Vollkorn, gestert 2 Pfund 50 Pf.
- Weizenmehl, 70%, 10% Ausmahlung 5 Pfund 1.00

Zucker gemahlen 8 Pfund 50 Pf.

- Haushalt-Kakao, in 1/2-Pfd.-Paketen 2 Pakete 50 Pf.
- Kokosbutter, frische Ware 1/2 Pfund 50 Pf.
- Crema-Fralin 1/2 Pfund 50 Pf.
- Schmelz-Schokolade, 100-gr.-Taf. 4 Tafeln 1.00
- Kokosbutter-Schokolade, in 100-gr.-Taf. 4 Tafeln 1.00

Block-Schokolade 100-gr.-Tafeln 5 Tafeln 1.00

- 8 Rollen Butterbrotpapier, festlich 50 Pf.
- 1 Briefblock, 50 Blatt u. 100 Umschläge zus. 50 Pf.
- 5 Stück Toilettenseife, verschiedene 50 Pf.
- 1 Kart. Sunilionsseife, 2 Pak. Putzpad zus. 50 Pf.
- 2 Pak. Haushaltkerzen, 1 K. Kerzenzus. 1.00

6 Doppelriegel Kernseife 1.00

## Kaufhaus Schocken

Wahrung auf 5% Trag gerechnet. Die Beitragsaufhebung soll im kommenden Jahre in Kraft treten. Unter Berücksichtigung wurde noch ausgedrückt, daß der Rat der Stadt...

Der 18. November. Die Lebensversicherungsanstalt am 18. November d. J. nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes mit Forderung 7,238 Millionen, ohne Forderung 1,213 Millionen. Wühlin ist eine Senkung gegenüber der Vorwoche um 0,1 bzw. 0,1 Prozent zu verzeichnen.

Während im kalten Winter zum Spinnen verbleiben wollte, fiel ihr vierjähriger Knabe in die Wanne und wurde so hart verdrückt, daß er bald darnach verstarb.

Das Städtische Amtshauptmannschafts Büro teilte uns mit: Bei den letzten mit dem 1. Oktober...

Der 18. November. Die Lebensversicherungsanstalt am 18. November d. J. nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes mit Forderung 7,238 Millionen...

Wahlveranstaltungen in Frankeuberg. Die Deutsche Volkspartei hält heute abend im Hotel...

Seht die Wählerlisten ein! Täglich in der Verwaltungsteile (Hindenburgstraße) 8 bis 12 und 2 bis 6 Uhr! Sonntags bis 12 Uhr! Samstag 9 bis 12 Uhr!

Nach Hebräerlehre eingegangene Meldungen. Sire Leo Stadt gestorben. Sire, 21. 11. Der Herr Sire Leo Stadt ist am 21. 11. 1924 an den Folgen einer Operation...

Ämtliche Bekanntmachungen. Die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksamt hat festgestellt, daß anstelle des ausgeschiedenen...

Holz-Auktion. Sonnabend den 22. November 1924 nachmittags 2 Uhr sollen in der Abt. 45 beim „Deinung“ 140 schwache Buchenstämme, ca. 13 m und 350 Fichtenstämme, 12 m hoch...

Soeben trafen die ersten grossen Abschlüsse in Offenbacher Lederverwaren ein. Verschaffen Sie sich die selten günstige Gelegenheit und überzeugen Sie sich von den konkurrenzlos billigen Preisen. Richard Kamprad, Sattlermeister.

Eine Verpackung Ein Preis 50. Sie können sich nicht irren. „Schwan im Blaубand“ ist nur in einer Packung zu haben und wird in jedem Laden zum gleichen Preise von 50 Pfennig das Halbpfund verkauft. Er besitzt also keine Schwierigkeit, beim Einkauf gleich das Beste zu wählen.

Al. weisses Köchen. Geschäft tüchtiger Belevur und Motetteur nach Baden. Offerten unter N 582 an den Zustell-Berlag erbeten.

Mercedes-Stiefel. Ausgezeichnete Padform. Erstklass. Verarbeitung. Unbegrenzte Haltbarkeit. Niedrigste Preisstellung. Alleinverkauft Ernst May Schuhmachermeister Baderberg.

Juagl. Arbeiter u. Arbeiterinnen werden gesucht. Kraft & Schneider.

!! Rohprodukten !!. Große zu höchsten Preisen: Eisen, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Lempen, Papier usw. Wilhelm Perold, Ringbach 11. Telephone Nr. 414.

Wohnungstausch. Wer tauscht seine Wohnung von hier nach Westfalen oder umgekehrt. Näheres bei Heilmann & Co., Hindenburgstr. 40.

Anzeigen für die „Gartenlaube“ werden angenommen bei C. G. Rosberg, Markt 8.

Redl. möbliertes Zimmer mit 2 Stellen u. voller Pension zu vermieten. Offerten unter W 591 an d. Zust.-Berl. erb.

Frottiautrad zu verkaufen. Preis 200. Deckerisig wird zu kaufen gesucht. Kamm- u. Bibersteinstraße.

Gut. Heberrod, 1000. (Nur möblierte Pension) zu verkaufen. Preis 25.000. Näheres bei Heilmann & Co., Hindenburgstr. 40.

Neue Zugkrone mit Patentverriegelung und 40. Seidenen Schirm, Preis 170. — A, anerkennende für 95. — A zu verkaufen. In erhalten im Lagerhaus-Berlag.

Edw. Schneiderröhm Nr. 41, grünen Wintermantel zu verkaufen. Baderberg 8, I.

Ga. 5-6 Jahre Abfallspäne zum Feuer, Eisen etc. Näheres vertritt Paul Morgenthaler, Chemnitz Str. 20. Coll. werden auch einzeln gegen Kasse abgegeben.

2 Mäntel. Nr. 3. Köchen pass. preiswert zu verkaufen. Hindenburgstr. 40, III.

Gebrauchte Stiften zu kaufen gesucht. Angadele u. U 579 an den Zust.-Berlag erbeten. Fritz Zschau

Reiche Auswahl aller Art Gardinen in Weberei, Wäsche und Tischdecken, etc. Emma Koppehel, Reichstraße 20.

Wollen Sie einen Pelz kaufen? so bemühen Sie sich bitte nach der Leipziger Pelzwaren-Vorkaufsstelle Chemnitz, Getreidemarkt 7, Mt. der Paulikirche

Thum bleibt Thum in Teppichen, Wachstuchdecken und Linoleum Lagerbesuch lohnt sich! Paul Thum Chemnitz Chemnitz Str. 3.

Stübe und Kalben. hochtragend und mit Kalben. Preis 10.000. Näheres bei Heilmann & Co., Hindenburgstr. 40.

Filzschuhe u. Pantoffel aller Art. Richard Brechtmar, Bergstraße 1.

Preis-Aufgabe. Sierp niek salet enko. Jeder, der nach die Lösung erfährt, die unter...

3 Herrenzimmer-Einrichtungen 3 Schlafzimmer-Einrichtungen 3 Küchen-Einrichtungen 2 Fahrräder 2 Nähmaschinen 2 Wäschekisten 2 Wäsche-Ausstatter (Wert je 250 Mk.) Damen- und Herren-Uhren, Goldwaren usw. sowie alle große Anzahl kleine Preise.

Fälthorn-Verlag, G. m. B. H. Braunschweig 248.

